



Caritasverband für die
Erzdiözese Freiburg e.V.

Caritasverband der Diözese
Rottenburg-Stuttgart e.V.

Diakonisches Werk der
Ev. Landeskirche in Baden e.V.

Diakonisches Werk der
Ev. Kirche in Württemberg e.V.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.

HINTERGRUND-INFORMATION

Abschiebung von Roma aus dem Kosovo

Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände in Baden und Württemberg sowie der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg setzen sich für einen sofortigen Abschiebestopp für Roma aus dem Kosovo ein. Sie äußern heute in einer Petition die dringende Bitte an den Landtag, sich mit der Situation der Roma in Baden-Württemberg zu befassen und insbesondere die Praxis der zwangsweisen Rückführung (Abschiebung) von Roma, die als Flüchtlinge aus dem Kosovo seit vielen Jahren bei uns leben, umgehend einzustellen.

In Europa macht sich eine alarmierende Stimmung breit: Roma werden als die neuen Sündenböcke entdeckt. Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navi Pillay warnt vor einem Erstarken des Antiziganismus in Europa. Sie beschreibt tödliche Angriffe auf Roma, beklagt schwere Misshandlungen und erniedrigende Behandlungen durch die Polizei.

Besonders prekär ist die Lage derjenigen 150.000 Roma, die vor über 10 Jahren infolge des Krieges aus dem Kosovo flüchten mussten und nicht EU-Bürger sind. Über 10.000 von ihnen leben immer noch ohne sicheren Aufenthalt in Deutschland.

Ihnen droht jetzt die zwangsweise Rückführung in die Republik Kosovo.

Kosovo hatte sich im Frühjahr 2008 als ehemalige serbische Provinz für unabhängig erklärt. Zuvor konnte sich die UNO-Übergangsverwaltung UNMIK noch erfolgreich gegen eine Abschiebung von Angehörigen der Minderheit der Roma wehren, bestärkt durch die dezidierte Position von Europarat und UNHCR, wonach Minderheiten aus dem Kosovo ernsthaften Gefahren ausgesetzt seien, die ihr Leben und ihre grundlegenden Freiheiten bedrohten. Die deutsche Bundesregierung ignorierte alle kritischen Stimmen und wollte sich ihr nationales „Abschieberecht“ von Europa nicht streitig machen lassen. Dies bewog letztlich auch die Schweiz, Schweden und Österreich dazu, ab sofort Roma zurückzuführen.

Grundlage für die zwangsweise Rückführung von in Deutschland lebenden und ausreisepflichtigen Roma bildet ein bilaterales Rückübernahmeabkommen mit der Republik Kosovo, das es Deutschland ermöglichen soll, Roma abzuschicken, von denen angenommen wird, dass sie Staatsangehörige des Kosovo sind.

Kontaktanschrift

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Württemberg e. V.
Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Migration, Heilbronner Straße Str. 180, 70191 Stuttgart
Tel. 0711 1656-283, Fax 0711-1656-49-283

Noch bevor das Abkommen endgültig ratifiziert wurde, kam es zu den ersten Abschiebungen. Obwohl die Landesregierungen bekundeten, Abschiebungen sozial ausgewogen zu gestalten, wurden bereits im Sommer Familien mit Kindern abgeschoben.

Die Ende dieses Jahres endende gesetzliche Altfallregelung ist nicht geeignet, das Problem der Roma-Flüchtlinge in Deutschland zu lösen. Vor allem die geforderte Lebensunterhaltssicherung ist für die oft kinderreichen Familien nicht zu erreichen.

Was die Abgeschobenen im Kosovo erwartet, haben vielfältige Berichte und Stellungnahmen von Roma-Organisationen, Nichtregierungs- und Menschenrechtsorganisationen dokumentiert. Rudko Kawczynski, der Vorsitzende des Europäischen Roma-Forums in Straßburg, beobachtet im Kosovo eine „unglaublich rassistische Atmosphäre“. Viele Roma beklagen die unzureichende und verschleppte gesellschaftliche und juristische Aufarbeitung ihrer Vertreibung durch UCK-Soldaten, die nicht selten vor den Augen der KFOR erfolgte.

Diejenigen, die es damals (1999) nicht ins europäische Exil schafften, wurden „auf eine blei-verseuchte Müllhalde verfrachtet“, so Kawczynski (taz vom 16.9.2009). Ihre Häuser wurden entweder abgebrannt oder von Angehörigen der albanischen Mehrheitsbevölkerung beschlagnahmt.

Etwa 700 Roma müssen weiterhin in Lagern im Norden von Mitrovica/ë bleiben, manche von ihnen an Orten, wo ihre Gesundheit durch blei-verseuchten Boden massiv gefährdet ist. (Amnesty-Report 2009). Noch im vergangenen Jahr lagen die Belastungen von Kindern mit Schwermetallen um das 10-fache über der von der WHO festgesetzten Höchstgrenze. Bei einigen Proben lagen die Werte über der von den Instrumenten messbaren Größe (OSCE-Report 2009).

Viele Roma haben keine gültigen Identitätspapiere und auch keine Dokumente, mit denen sie ihre Eigentumsrechte belegen können. Eine korrupte, albanisch dominierte Verwaltung macht es zudem nahezu unmöglich, gesetzlich verbrieft Rechte einzuklagen und durchzusetzen. Die OSCE /OSZE bestätigt diese Einschätzung in ihrem 2008 vorgelegten Bericht und kritisiert die unwilligen kosovarischen Justizbehörden und eine „übliche“ Verfahrensdauer von fünf oder mehr Jahren.

Die Sicherheitssituation der Roma-Gemeinschaften hat sich seit den pogromartigen Ausschreitungen im März 2004 allmählich verbessert. Die Schweizer Flüchtlingshilfe, die regelmäßig gut recherchierte und auch von deutschen Gerichten anerkannte Positionspapiere und Stellungnahmen verfasst, schränkt diese Einschätzung allerdings ein: „Sofern sie (die Roma) in ihren Siedlungen bleiben bzw. diese (nur) für kurze Zeit verlassen, werden ihre Angehörigen im Allgemeinen nicht Opfer von Gewaltakten“ und resümiert, dass die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo kein vertrauensbildender Schritt war und die Situation der Roma weiter prekär bleibt.

Was „freiwillige“ und abgeschobene Rückkehrer nach langen Jahren im westeuropäischen Exil erwartet, beschreibt ganz aktuell (Oktober 2009) ein Bericht von Stephan Dünnwald im Auftrag von PRO ASYL. Er sieht das Land auf der Stufe mit zahlreichen Entwicklungsländern: „... verbreitete Armut, vor allem auf dem Lande, eine dominierende informelle Ökonomie, grassierende Arbeitslosigkeit, staatliche Strukturen, die aus notorischem Geldmangel heraus grundlegende Leistungen nicht oder nur defizitär erbringen können, eine Entlohnung öffentlicher Angestellter, deren geringe Höhe zu Korruption und „Under-Desk-Payment“ einlädt.“ Seine Kritik bezüglich der Nachhaltigkeit von deutschen Hilfen für Rückkehrer geht einher mit seiner Einschätzung der Reintegrationsangebote kosovarischer Behörden. Wiederum der Mangel an materiellen Ressourcen „gepaart mit Desinteresse und mangelnder Kompetenz, verhindern jegliche lokale Unterstützung und Reintegrationshilfe für Rückkehrer aus Westeuropa.“

Vor dieser Perspektive stehen in Baden-Württemberg nach Auskunft des Innenministeriums etwa 1.200 Roma, die hier immer noch ohne sicheren Aufenthalt leben. Viele von ihnen müssen in den nächsten Monaten damit rechnen, in ihr Herkunftsland abgeschoben zu werden. Hinzu kommt eine noch nicht zu beziffernde Anzahl von Flüchtlingen, die aufgrund der gesetzlichen Altfallregelung eine bis Ende 2009 befristete Aufenthaltserlaubnis haben. Sofern Sie bisher keine den Lebensunterhalt sichernde Arbeit finden konnten, droht ihnen ebenfalls die Abschiebung.

Betroffen wären davon auch viele Kinder, die in Deutschland geboren sind, hier die Schule besucht haben und Deutschland inzwischen als ihre Heimat erleben. Eine „Verpflanzung“ dieser Kinder in eine fremde Umgebung, in ein Land, dessen Sprache sie nicht sprechen, an einen Ort, an dem sie Ausgrenzung, Anfeindung und Diskriminierung ausgesetzt sind, widerspricht allem, wozu sich Deutschland in nationalen und internationalen Regelwerken und Normen zum Schutz von Kindern verpflichtet hat. Nach allem was wir aus den Beschreibungen der Situation von Roma im Kosovo wissen, bedeutet die zwangsweise Abschiebung dieser Kinder Not, Verelendung, Obdachlosigkeit, Verschleppung von Krankheiten und Verweigerung von Bildung.

„Wenn die Diskriminierung von Roma derart existenzbedrohende Ausmaße annimmt, so ist jede Abschiebung eines Angehörigen der Roma-Minderheit angesichts der historischen Verantwortung, die Deutschland für die Ermordung von Hunderttausender Sinti und Roma während des Nationalsozialismus trägt, ein Ausdruck von Zynismus und Geschichtsvergessenheit“ (PRO ASYL).

Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart, den 18. November 2009

INHALT DER PRESSEMAPPE:

Text der Petition an den Petitionsausschuss des Landtags von Baden-Württemberg

Presse-Information
zur
Abschiebung von Roma aus dem Kosovo

Kurz-Dokumentation der Kosovo-Recherchereise der Diakonie in Baden in das Kosovo
Annette Stepputat und Jürgen Blechinger
Karlsruhe, Juni 2008

Bericht zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und Angehörigen der Ägypter-Minderheit im Kosovo
Stephan Dünwald im Auftrag von PRO ASYL,
Oktober 2009

OSCE
Organisation for Security and Co-Operation in Europe
OSCE Mission in Kosovo
Background Report
Land contamination in Mitrovica affecting the Roma community,
Februar 2009

Commissioner for Human Rights/Menschenrechtskommissar des Europarates in Straßburg
Thomas Hammarberg
Report of the Council of the Europe Commissioner for Human Rights
Special Mission to Kosovo 23 – 27 March 2009
Straßburg, 2. Juli 2009

Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH,
Kosovo: Zur Rückführung von Roma, Update der SFH-Länderanalyse
Rainer Mattern
Bern, 21. Oktober 2009

UNHCR
Anmerkungen zur geplanten Verordnung der Bundesregierung, mit der Staaten als „sichere“
Herkunftsstaaten festgelegt werden (KOSOVO)
10. Mai 2009

Kontaktanschrift

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Württemberg e. V.
Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Migration, Heilbronner Straße Str. 180, 70191 Stuttgart
Tel. 0711 1656-283, Fax 0711-1656-49-283